

Keine Jugendlichen in die Bundeswehr!

Der Bonner Appell

Die Bundeswehr wirbt gezielt an Schulen, im öffentlichen Raum und mit ihrer an sechzehnjährige gerichteten Info-Post für den Soldatendienst ab 17. Dies ist ein eklatanter Verstoß gegen die Grundsätze der von Deutschland unterzeichneten UN-Kinderrechtskonvention.

Aufgrund des aktuellen Bundesmeldegesetzes übermitteln alle deutschen Einwohnermeldeämter jedes Jahr der Bundeswehr die Adressen ihrer 16-jährigen Bürger. Damit wird die gezielte Anwerbung Jugendlicher durch die Bundeswehr ermöglicht und die UN-Kinderrechtskonvention ignoriert - auch in Bonn.

Als Bürger der UN-Stadt Bonn wollen wir dies nicht länger hinnehmen. Wir wollen, dass von der UN-Stadt Bonn eine Initiative zur Beendigung der Jugend-Rekrutierung in Deutschland ausgeht.

Wir Unterzeichner appellieren deshalb an den Rat der Stadt Bonn und die Oberbürgermeisterin sowie die Bonner Bundestagsabgeordneten, sich aktiv und nachdrücklich beim Deutschen Städtetag, bei der Bundesregierung und im Bundestag für die notwendigen gesetzlichen Änderungen einzusetzen, damit

- keine Daten von Jugendlichen mehr von den Meldeämtern an die Bundeswehr weitergegeben werden,**
- die Bundeswehr die auf Jugendliche ausgerichtete Werbung beendet,**
- keine Jugendlichen mehr von der Bundeswehr für den Militärdienst eingestellt werden.**

Eine Initiative von Friedensforum Bonn (www.friedensforum-bonn.de),
Deutsche Friedensgesellschaft–Vereinigte Kriegsdienstgegner:innen (DFG-VK) Bonn-Rhein-Sieg und Pax Christi Bonn